

INTERVIEW

"Unsere Werte verbreiten"

Der europäische Verfassungsvertrag beruft sich auf gemeinsame Werte. Die Diskussionen um die Erweiterung, vor allem den möglichen Beitritt der Türkei, zeigt aber: Europa ist sich in der Wertefrage uneins. Die woxx fragte Lydie Err, Sozialistin und Menschenrechtsexpertin, zur angeblichen "Wertegemeinschaft".

woxx: Der Verfassungsvertrag definiert die EU als Friedens- und Wertegemeinschaft. Um welche Werte geht es?



Lydie Err (Foto: LSAP)

Lydie Err: Vor allem um den Frieden. Ohne den gibt es keinen Wohlstand, keine Solidarität. Frieden ist die Voraussetzung für den Respekt von Menschenwürde und -rechten, von Minderheitenrechten, Freiheit, Demokratie und Gleichheit.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. In Polen und Spanien gehen Menschen gegen Homosexuelle auf die Straße. In Bulgarien sitzt eine Partei im Parla-

ment, die gegen Roma und Türken hetzt.

Es stimmt, dass die Rechte von Minoritäten noch immer nicht überall in Europa respektiert werden. Gerade deshalb ist es ja so wichtig, dass sie festgeschrieben werden. Nur wenn die Spielregeln feststehen, können sie auch kontrolliert werden. Artikel 1, Satz 1 über die Werte der Union wird bei möglichen neuen Beitritten zur Anwendung kommen.

Auch um andere Leitbilder gibt es Streit. Um den Gottesbezug in der Präambel etwa oder das Recht auf Leben, das von Polen als Abtreibungsverbot ausgelegt wird.

Seit 1950 steht das Recht auf Leben in der europäischen Menschenrechtskonvention, weil damit die Abschaffung der Todesstrafe begründet und durchgesetzt wurde. Artikel 2 besagter Konvention hat keineswegs verhindert, dass Frankreich die Abtreibung schon vor 30 Jahren legalisiert hat. Ob in der Abtreibungsfrage etwas passiert, hängt nicht von der Verfassung ab. Das ist Sache der nationalen Parlamente in den jeweiligen Ländern.

Der Vertrag schreibt bestimmte Werte fest, andere werden nicht einmal erwähnt. Es gibt die soziale Marktwirtschaft, aber kein Recht auf Arbeit.

Die Sozialisten im Konvent haben versucht, mehr Sozialrechte in die Verfassung zu schreiben. Sie hatten aber keine Mehrheit dafür. Der Text ist der Kompromiss, der unter den 25 Mitgliedsstaaten möglich war. Man darf auch nicht vergessen: Die Verfassung ist nur ein Rahmen, innerhalb dessen die Politik gemacht wird, welche die regierenden Parteien wollen. Der Handlungsspielraum hängt also neben der Wirtschaftskraft vom politischen Willen und von den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen ab.

Die Bevölkerung scheint nicht bereit für Pluralismus und grenzüberschreitende Solidarität. Nein-SagerInnen wenden sich vor allem gegen die Erweiterung.

Das sieht ganz so aus. Für mich ist das Enttäuschende an der Debatte, dass Luxemburg von Europa immer profitiert hat. Jetzt scheinen viele nicht mehr bereit zu sein, mit den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedern zu teilen, was ihnen selbst durch Europa zuteil wurde. Darüber hinaus ist die Erweiterung auch als Festigung junger Demokratien zu verstehen wie das bei Griechenland, Portugal und Spanien auch der Fall war. Die Erfahrung lehrt, dass es funktioniert.

Das eigene Hemd ist also näher als der europäische Rock?

Die Leute denken nicht so weit. Erweiterung heißt auch Friedenssicherung im Herzen Europas. Haben wir den Krieg in Jugoslawien etwa schon vergessen?

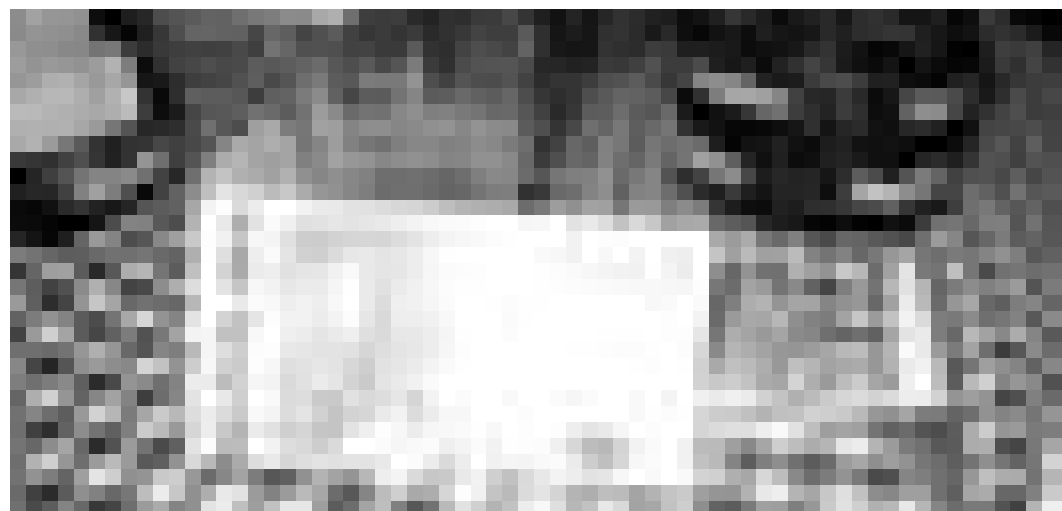
Über 40 Prozent der Nein-SagerInnen nennen als Grund für ihre Ablehnung die geplanten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Ist die EU ein exklusiver Club, zu dem nur bestimmte Nationen Zutritt haben?

Die Wertegemeinschaft gilt für Mitglieder der Union und alle, die es werden wollen. So wie sich die Lage in der Türkei jetzt darstellt - ich denke da vor allem an die Menschenrechte und die Rechte der Frauen - gehört das Land tatsächlich nicht in die EU. Ich bin aber der Meinung, dass die Bemühungen der Türkei, den 'Acquis communautaire' zu meistern, gut sind für die Türkei und Europa, und zwar unabhängig vom angestrebten Resultat des Beitritts. Die Beziehungen zu einem Land, das sich auf ähnliche Wertvorstellungen beruft, sind sicherer als wenn es dort in elementaren Fragen konträre Auffassungen gibt. Wir haben also ein Interesse daran, dass unsere europäischen Werte eine größtmögliche Verbreitung finden.

Interview: Ines Kurschat

Lydie Err, geboren 1949, ist Abgeordnete der LSAP. Seit vielen Jahren setzt sich die Rechtsanwältin aktiv für Menschenrechte in Europa ein, unter anderem ist sie Mitglied der so genannten Venedig-Kommission. Letztere verfasst regelmäßig Berichte über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum EU-Beitritt.

EU-VERFASSUNG

Kollektiver Egoismus

Mein Euro gehört mir. Oder nicht?

(Foto: Archiv)

Ein soziales und ein solidarischer Europa wollen angeblich beide, Nein- wie Ja-SagerInnen. Die Frage ist bloß: für wen?

Das soziale Europa hat Hochkonjunktur. Kaum eine der unzähligen Fernseh- oder Radiodebatten, in der das Argument nicht in aller Munde geführt wurde. Sowohl die Ja-SagerInnen als auch die Nein-SagerInnen wollen alle nur eines: ein soziales, ein solidarischer Europa. Die einen mit Verfassung, die anderen lieber ohne, oder jedenfalls nicht mit dem aktuellen Entwurf.

Den Widerspruch erklären die zumeist männlichen Kontrahenten mit der jeweils anderen, falschen Lesart des Textes. Doch das Ringen um die besseren Argumente verläuft keineswegs so sachlich, wie es auf den ersten Blick scheint. Die Linken vom "Comité pour le Non" warnen bei fast allen Rundtischgesprächen vor europaweitem Sozialdumping und einem neoliberalen Europa. Der drohe, weil luxemburgische Firmen im globalisierten Wettbewerb ihre Produktionen zunehmend in den billigeren Osten verlagern. Verfassungsrechtlich garantierte Mindeststandards und ein Recht auf Arbeit sollen diesen, die Arbeitslosigkeit fördernden Trend zumindest bremsen.

Abgesehen davon, dass fraglich ist, ob ein anderer Verfassungstext die Standortverlagerungen wird aufhalten können, ist die Argumentation aber nicht ohne Risiko. Denn sie knüpft, gewollt oder ungewollt, an soziale Abstiegsängste der LuxemburgerInnen an und läuft somit Gefahr, protektionistische Abwehrreflexe zu provozieren. Zwischen den Forderungen "Wohlstand für alle" und "den eigenen Wohlstand verteidigen" liegen im Grunde genommen zwar Welten. Der ideologische Unterschied verwischt aber angesichts verschiedener argumentativer Unschärfen, die sich linke Nein-SagerInnen nicht nur in Luxemburg immer wieder erlauben. Dass der Verfassungsentwurf ultraliberales Gedankengut aufweist, kritisiert auch der ADR. Dabei ist klar, was die Rechtsaußen-Partei meint, wenn sie die WählerInnen dazu aufruft, Nein zu stimmen: sichere Arbeitsplätze und Wohlstand zu allererst für LuxemburgerInnen. Doch das polterige Plä-

doyer von ADR-Schwergewicht Aly Jaerling für ein soziales Europa, das vor allem luxemburgischen Interessen dient, blieb von den anderen, linken Nein-Vertretern bei der RTL-Impulsdebatte vor gut einer Woche unwidersprochen. Die sonst gern beschworene internationale Solidarität tauchte in den meisten linken Redebeiträgen vergangener Tage nicht mehr auf. Mit dem Effekt, dass sich auch Nationalisten und Souveränisten mit dem Comité pour le Non identifizieren können.

Mir wëlle bleiwe wat mir sinn

Vom "Mir wëllen hale wat mir hunn" ist es dann nur noch ein Katzensprung zum chauvinistischen "Mir wëlle bleiwe wat mir sinn". Die Erweiterung der EU, das zeigen die Umfragen, wird auch hier zu Lande als einer der Hauptgründe für die Ablehnung der Verfassung genannt. Über 40 Prozent sind laut Ilres für ein Nein auch wegen der geplanten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Wieder ist es der ADR, der vormacht, wie aus Ängsten und Vorurteilen in der Bevölkerung Kapital geschlagen werden soll. Von "explodierenden" Bevölkerungszahlen ist die Rede. Der ADR-Abgeordnete Jacques-Yves Henckes spricht im Parlament von "fundamentalen Unterschieden in den Grundüberzeugungen" zwischen Türkei und Europa. Die gingen weit über das hinaus, "was wir gewöhnlich unter kultureller Vielfalt in Europa verstehen". Werte wie Menschenrechte, Demokratie oder Gleichheit werden somit zu exklusiven, europäischen gemacht, die EU-"Wertegemeinschaft" für Menschen türkischer Nationalität wegen der "islamischen Mentalität" von vornherein als unerreichbar erklärt. Da scheint es ganz egal zu sein, dass bereits drei Millionen Türkinnen und 20 Millionen Muslime in Europa leben und längst Teil eben dieser Gemeinschaft sind. Und damit niemand auf die Idee kommt, womöglich nun erst recht für die Verfassung zu stimmen - um dadurch einen für alle Mitglieds- und Beitrittsländer verbindlichen

Werte-Rahmen festzuschreiben - setzt der ADR noch eins drauf: Die Türkei habe an der Ausarbeitung der Verfassung "redaktionell mitgewirkt", heißt es verschwörerisch im "Pefferkär".

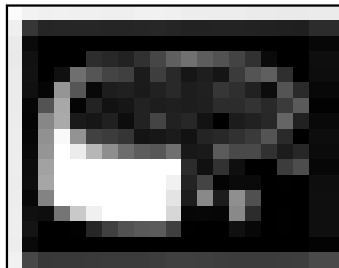
Dieser Appell an dumpfe Ressentiments dem Anderen, Fremden gegenüber wird sicherlich nicht wirkungslos bleiben. Dass auch im multikulturellen Luxemburg Überfremdungsängste latent vorhanden sind und jederzeit an die Oberfläche treten können, hat nicht zuletzt das interaktive "Dir hudd d'Wuert" von RTL Radio im April zum Thema Einwanderung gezeigt. Dort äußerten sich AnruferInnen offen rassistisch und fremdenfeindlich. Ein späteres Internetforum des Senders zum gleichen Thema musste wegen der Flut an Beschimpfungen vorzeitig gestoppt werden.

Den großen Parteien gelang es immerhin, eine öffentliche, populistische Debatte über einen möglichen Türkei-Beitritt schon im Vorfeld zu verhindern. Bis auf eine Chamberdebatte im November 2004 ging das Thema bislang weitgehend unter. Der Wunsch des Präsidenten des Europaparlamentes, Joseph Borrell, die Türkeifrage und die Verfassungsdiskussion nicht miteinander zu vermischen, dürfte trotzdem nicht in Erfüllung gehen.

Historische Feindbilder

Wer nun glaubt, das Problem des Populismus sei nur auf Gruppierungen und Parteien an den beiden äußeren Flügeln begrenzt, irrt aber. Auch die etablierten Parteien greifen immer wieder gerne in die populistische Trickkiste. Wenn Jean-Claude Juncker betont, die luxemburgische Steuer- und Rentenpolitik auf gar keinen Fall Brüssel überlassen zu wollen (beziehungsweise den Linken), wenn Ex-Wirtschaftsminister Henri Grethen die Nischenpolitik lobt und vor "Planwirtschaft" warnt, wenn CSV-Fraktionschef Michel Wolter gegen "Linksextremisten" hetzt - dann benutzen auch sie alt bekannte Vorurteile und historische Feindbilder, um gezielt Verlustängste und negative Stimmungen bei den WählerInnen zu schüren. Der einzige Unterschied ist, dass in diesem Fall der Abwehrreflex das Kreuz beim "Ja" bringen soll. Mit europäischer Überzeugung oder einer Solidarität, die über die eigenen Landesgrenzen hinaus geht, hat diese Form der Zustimmung aber ebenfalls nichts zu tun. Das Spiel mit dem Feuer ist für die großen Parteien nicht ungefährlich: Wenn nämlich aus fremdenfeindlichen Ressentiments oder aus Sorge, eigene Besitzstände teilen zu müssen, dann doch gegen die Verfassung gestimmt wird. Auf die Frage in der Europäischen Wertestudie, mit wem oder was sich die Menschen am ehesten solidarisieren würden, landete Europa bei den LuxemburgerInnen auf dem letzten Platz - noch hinter den Ländern der "Dritten Welt".

Ines Kurschat



Der Countdown zum Verfassungsvotum läuft. Beim Ringen um Wählerstimmen wird mit irrationalen Ängsten gespielt. Wie riskant das ist, zeigt der letzte Teil unserer Referendums-Serie.